

93A27

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeyer; Magnus Erdmann; Elias Görth; Aisha Badjie; Rasmus Wendt (SV-RBZ am Königsweg; Stellv. Landesschülersprecher; Landesschülersprecher; Stellv. Landesschülersprecher; SV-RBZ Eckener Schule)

Titel: Schule soll nicht schweigen lehren

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

2
3 „Das Land Schleswig-Holstein soll sich für ein volles Streikrecht für
4 Auszubildende einsetzen, auch im schulischen Kontext. Dazu gehören politische
5 Streiks (z. B. Klimastreiks), Solidaritätsstreiks sowie kollektive
6 Arbeitsniederlegungen bei Missständen in Betrieb oder Berufsschule. Bestehende
7 Repressionen gegen streikende Schüler*innen sind einzustellen.“

Begründung

In einer Demokratie muss politischer Protest möglich sein – auch für junge Menschen. Azubis sind keine willenslosen Zahnräder im Wirtschaftssystem. Wenn sie für ihre Rechte kämpfen, dürfen sie nicht dafür bestraft werden. Das Streikrecht ist ein Menschenrecht – auch in der Schule. Wer heute protestiert, wird morgen politisch handeln.